

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Friesenheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Dienstag, den 17.04.2018
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Friesenheim, Luitpoldstr. 48

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Günther Henkel

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Christian Schreider

Eva Kraut

Volker Becker

Stephanie Weber

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Constanze Kraus

Dr. Reinhard Herzog

Willi Renner

Heidmarie Gebhardt-Cordero Canal

Nicole Rottermann

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Hans-Henning Kleb

FWG-Ortsbeiratsfraktion

Hans-Jürgen Ehlers

Schriftführer/in

Sheila Krall

Entschuldigt fehlten:

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Silke Hirtenjohann

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Egbert Fecht

FWG-Ortsbeiratsfraktion

Barbara Ehlers

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Sven Lieblang

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Masterplan Grünflächenunterhaltung
Vorlage: 20185650
4. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Reinigung des Rochusdenkmals vor dem Gemeindehaus
Vorlage: 20185627
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrssicherheit Nietzschestraße
Vorlage: 20185653
6. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Umwidmung des Vorplatzes vor dem Concordia-Gelände am Strandweg zum offiziellen
Parkplatz
Vorlage: 20185656
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Verstärkte Kontrollen des kommunalen Vollzugsdienstes im Ebertpark
Vorlage: 20185635
8. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Vorstellung eines Konzepts für den Eingangsbereich des Ebertparks
Vorlage: 20185636
9. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Errichtung von Toilettenanlagen im Ebertpark
Vorlage: 20185649
10. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Wiederherstellung der Wege und Umgestaltung des zerstörten Rasens nach Abschluss
der TWL-Bauarbeiten
Vorlage: 20185660
11. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Bauarbeiten am Riedsaumpark
Vorlage: 20185651
12. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Asbestprävention
Vorlage: 20185654

13. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Regelmäßige Reinigung der Haltestelle Kreuzstraße (stadteinwärts) von Unrat und Hundekot
Vorlage: 20185657
14. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Überprüfung der Leerungsintervalle der Altkleider- und Schuhcontainern
Vorlage: 20185659
15. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Anzahl und Entwicklung von Familien die Grundsicherung beziehen
Vorlage: 20185661
16. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Zustand der Spielgeräte auf den Kinderspielplätzen im Ortsbezirk
Vorlage: 20185662

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Friesenheim war beschlussfähig.

Ortsvorsteher Günther Henkel begrüßte die Ortsbeiratsmitglieder und die Vertreter der Verwaltung, der Bürgerschaft und der Presse.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es wurde von einem Bürger die Frage gestellt, wer die Kosten des in der letzten Sitzung von Herrn Babelotzky, Bereich Stadtplanung, vorgestellten Bauvorhabens „Luitpoldstraße Nord“ trägt. Herr Henkel erklärte, dass für die Erstellung des vorgestellten Planes außer Lohnkosten keine weiteren Kosten entstanden, da es zum normalen Tagesbetrieb des Bereichs Stadtplanung gehört, solche Pläne zu erstellen. Ob die Eigentümer der Grundstücke an den Kosten des Bebauungsplanes beteiligt werden, konnte von Herrn Henkel nicht beantwortet werden.

Eine weitere Einwohnerfrage betraf den Umgang mit dem Müll, vorwiegend in der Teichgasse. Herr Henkel verwies auf seinen Bericht, der als nächster Tagesordnungspunkt folgte.

Es gab keine weiteren Fragen mehr.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Der Ortsvorsteher begann seinen Bericht mit der Aktion „saubere Stadt“ die letzte Woche stattfand. Es nahmen ungefähr 25 Personen an der Aktion im Friesenpark teil. Er stellte zudem eine leichtere Besserung fest, denn dieses Jahr musste weniger Müll eingesammelt werden. Weiter richtete Herr Henkel Grüße von Frau Attmann aus, die er zu ihrem 102. Geburtstag besucht hatte. Fortgeführt wurde der Bericht des Ortsvorstehers mit dem vor 26 Jahren geschlossenen Freundschaftsvertrag mit der ungarischen Kleinstadt Tiszaujvaros. In einem eingehenden Gespräch mit dem Bürgermeister von Tiszaujvaros, in dem sie sich sehr über die Zukunft dieser Partnerschaft unterhielten. Beide kamen darüber überein, dass der Sinn einer Städtepartnerschaft mit Austausch von Geschäftsleuten und kulturellen Einrichtungen hier nicht mehr gegeben ist. Zudem ist Friesenheim als Stadtteil von Ludwigshafen größtmäßig rechtlich nicht berechtigt eine Städtepartnerschaft einzugehen und wird daher auch keine Unterstützung in Form von Zuschüssen durch die Verwaltung zu dieser Städtefreundschaft erhalten. Zusammenfassend möchte Herr Henkel durch den Ortsbeirat eine über Passivstellung der Freundschaft abstimmen lassen. Der Antrag wurde mit einer Enthaltung einstimmig angenommen. Als nächstes berichtete Herr Henkel über die politische Reise zusammen mit Herrn Schreider und Frau Simon (Ortsvorsteherin von Mundenheim) nach Kalabrien. Während der einwöchigen Woche besuchten sie Ortschaften, die durch die damalige Werbung der BASF für Gastarbeiter in engem historischem Bezug zu Mundenheim, Friesenheim und Ludwigshafen stehen. Aus der Ortschaft Carfizzi (ca. 1500 Einwohner) mehrere hundert hier in Friesenheim leben. Im netten Gespräch mit dem Bürgermeister zeigte sich aber auch hier, dass sich eine Städtepartnerschaft eher schwierig gestalten wird. Der Ortsbeirat wird aber an diesem Thema dran bleiben und sehen was sich in Zukunft gestaltet. Zum Thema „Wilder Müll“ in der Teichgasse stellte Herr Henkel ein asoziales Verhalten und ein strafbares Verhalten fest. Er ist der festen Meinung, dass es keine andere Lösung gibt, als strafrechtliche Ermittlungen seitens der Verwaltung durchgeführt werden müssen. Herr Henkel ist nicht bereit die Frechheit der wilden Müllentsorgung weiterhin zu tolerieren. Weiteres Thema in seinem Bericht war der ruhende Verkehr. Hierzu verlas er eine Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr. Darin wird erwähnt, dass Friesenheim Teil der regelmäßigen Kontrollen durch die Verkehrsüberwachung ist. Ebenfalls werden in regelmäßigen Abständen die Schulen aller Statteile überwacht. Leider ist aus der Erfahrung festzustellen, dass von den Eltern die bestehenden absoluten Halteverbote und andere Verkehrsregelungen sehr oft missachtet werden. Dieser Sachverhalt besteht an vielen Schulen und Kindertagesstätten. Die Eltern sind sehr uneinsichtig und beschimpfen die Hilfspolizeikräfte. Die Verwaltung empfiehlt, dass der Schulelternbeirat ebenfalls an die Eltern herantritt und um Einhaltung der Verkehrsvorschriften bittet. Besonders schutzwürdige Bereiche, wie Feuerwehruzufahren, absolutes Halteverbot, Fußgängerzonen, Behindertenparkplätze, werden seit November 2017 noch intensiver überwacht und die Abschleppmaßnahme unverzüglich eingeleitet. Die Abschleppvorgänge haben sich dadurch mehr als verdreifacht, was die zur Folge hat, dass die zeitliche Verfügbarkeit für andere Bereiche zurückgegangen ist. Dennoch kommt die Verwaltung ihren präventiven Maßnahmen an der Vielzahl von Schulen und Kindertagesstätten in Lud-

wigshafen mit den vorhandenen Personalressourcen nach. In einem Gespräch mit der Direktorin der Luitpoldschule wurde von Herrn Henkel und seinem Stellvertreter Herr Herzog der Vorschlag der Verwaltung aufgegriffen. Auf den Vorschlag, den Schulelternbeirat mit einzubeziehen wurde eher verhalten reagiert. Dies würde den Schulfrieden unter den Eltern massiv stören. Vorschlag der Rektorin war, die Verwaltung solle weiterhin regelmäßig kontrollieren und den Druck dadurch erhöhen. Auch mit diesem Thema wird sich der Ortsbeirat weiterhin beschäftigen.

**zu 3 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Masterplan Grünflächenunterhaltung**

Herr Günther Henkel begrüßte die Leiterin des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe und Herrn Tietze, Abteilungsleiter und interner Leiter der Projektgruppe.
Frau Wolter bedankte sich für die Einladung und begann mit der Präsentation. Im Anschluss bedankten sie die Parteien bei Frau Wolter für die gelungene Präsentation und verabschiedeten sich von Frau Wolter und Herrn Tietze.

**zu 4 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Reinigung des Rochusdenkmals vor dem Gemeindehaus**

Der Bereich Grünflächen und Friedhöfe wird die Art der Verschmutzung überprüfen und das Denkmal reinigen.

**zu 5 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrssicherheit Nietzschestraße**

In der Stellungnahme der Verwaltung bedankte sich der Bereich Tiefbau für den Hinweis aus dem Ortsbeirat und erklärte den angesprochenen Gehweg hinsichtlich seiner Verkehrssicherheit aktuell zu prüfen. Sofern die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben ist, wird der Bereich die hierzu notwendigen Maßnahmen veranlassen.

**zu 6 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Umwidmung des Vorplatzes vor dem Concordia-Gelände am Strandweg
zum offiziellen Parkplatz**

Die Stellungnahme der Verwaltung, beantwortet vom Dezernat Bau, Umwelt und Verkehr, WBL, lautet wie folgt:

Der Parkplatz dient den Besuchern der Gaststätte der DJK bzw. den Besuchern der angegliederten Sportanlage und damit lediglich einem beschränkten Personenkreis. In den Sommermonaten wird er zudem als Überlaufparkplatz für den Parkplatz vor dem Willersinnbad /welcher wiederum der Inhaberschaft des Bereiches Sport und Bäder ist) genutzt. Für die Abwicklung des öffentlichen Verkehrs ist

er entbehrlich. Aus diesem Grund sehen wir die Voraussetzungen für die Widmung des Parkplatzes als öffentliche Verkehrsfläche als nicht gegeben an. Die angesprochene Haushaltsverfügung betrifft im Übrigen auch öffentlich gewidmete Flächen, eine Widmung wäre somit auch nicht zielführend. 2-13 (Bereich Immobilien) ist somit als Inhaber der Fläche der richtige Ansprechpartner für die Beantwortung der Ortsbeiratsanfrage und sollte entsprechend unterrichtet werden.

Der Fußgängerweg wird bis zum 10.05.2018 hergestellt.

Die Parteien konnten mit dieser Stellungnahme nicht wirklich etwas anfangen. Der Ortsbeirat wird sich nochmal an 2-13 wenden. Der letzte Satz regte die Hoffnung bei den Parteien, dass der darin genannte Fußgängerweg, den zwischen Concordia und Willersinnbad betrifft.

zu 7 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Verstärkte Kontrollen des kommunalen Vollzugsdienstes im Ebertpark

Laut Stellungnahme des Bereichs Öffentliche Ordnung wird der Ebertpark samstags, sonntags und feiertags nach 14 Uhr regelmäßig durch den Kommunalen Vollzugsdienst (KVD) kontrolliert. Dem Bereich liegen derzeit keine Beschwerden und auch keine Aufträge seitens der Fachbehörde Grünflächen oder des Ortsvorstehers über den Ebertpark vor. An den Kontrolltagen soll ein Augenmerk auf die angesprochenen Schwerpunkte gelegt werden. Unter der Woche obliegt die Kontrolle des Ebertparks der Aufsicht der Anlagenaufseher, welche derzeit dem Bereich Umwelt noch zugeordnet sind. Der Bereich Öffentliche Ordnung schlägt vor, in akuten Fällen den Kommunalen Vollzugsdienst anzurufen und sich wegen der generellen Probleme an die jeweiligen Fachbereiche bzw. Abteilungen zu wenden. Außerdem werden alle Kontrollen durch den KVD an die Fachbehörden schriftlich weitergeleitet. Der Bereich geht davon aus, dass entsprechende Feststellungen unverzüglich von den dafür zuständigen Fachdienststellen geahndet werden.

Die Parteien sind sich einig, dass in dieser Sache konzentriert vorgegangen werden muss, so dass die Täter ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden können.

zu 8 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Vorstellung eines Konzepts für den Eingangsbereich des Ebertparks

Der Bereich Grünflächen und Friedhöfe teile in seiner Stellungnahme mit, dass der Eingangsbereich des Ebertparks aus mehreren Gründen überplant wird. Erstens befinden sich die rückwärtig angeordneten Gebäude, wie Toiletten und der ehemalige Gärtterraum in einem baufälligen Zustand und zweitens soll im Zuge der Erneuerung der Baumpflanzung in der Ebertstraße die Verbind zu Ebertpark gestärkt werden. Die von der Verwaltung erarbeiteten Vorschläge sollen im Laufe des Jahres vorgestellt werden. Auf dieser Basis sollen nicht nur die Gremien, sondern auch die Bürgerschaft beteiligt werden.

Die Parteien begrüßen die Beteiligung der Bürgerschaft und werden den Fortschritt beobachten.

zu 9 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Errichtung von Toilettenanlagen im Ebertpark

Der Antrag wird von der Verwaltung, Dezernat Finanzen, Feuerwehr, Immobilien und Bürgerdienste (2-01) folgendermaßen beantwortet.

Das Dezernat 2 ist grundsätzlich nicht für Toilettenanlagen im öffentlichen Verkehrsraum zuständig. Das Büro verwaltet lediglich den Vertrag mit WallDecaux, in dem festgelegt wurde, dass die Firma 13 Toilettenanlagen im Stadtgebiet errichtet. Dieses vertraglich festgelegte Kontingent wurde erfüllt. Im Bereich des Ebertparks gibt es zwei dieser Toilettenanlagen.

Ob und inwieweit im Ebertpark weitere Toilettenanlagen errichtet werden, kann vom Dezernat 2 nicht beantwortet werden. Die Bodenplatten, die Anschlusskosten und die Aufstellung für eine solche Toilettenanlage liegen bei rund 30.000 Euro, sofern ein Kanal in der Nähe ist. Die jährlichen Mietkosten betragen rund 20.000 Euro.

Die Parteien waren mit dieser Stellungnahme nicht wirklich zufrieden, werden sich jedoch weiterhin mit diesem Thema beschäftigen und den zuständigen Bereich kontaktieren.

**zu 10 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Wiederherstellung der Wege und Umgestaltung des zerstörten Rasens nach
Abschluss der TWL-Bauarbeiten**

Der Bereich Friedhöfen und Friedhöfe erkläre dass die Baumaßnahme ursprünglich noch 2017 abgeschlossen werden sollte. Es wurden mehrere Verlängerungen der Sondernutzungserlaubnis beantragt. Die letzte beantragte Verlängerung ist bis zu 04.05.2016 terminiert.

Nach Abschluss der Baumaßnahmen wird die Fläche zu Lasten des Schadensverursachers wieder hergestellt.

Die Rasenflächen werden als Landschaftsrasen ca. 6 mal im Jahr gemäht. Die Reduktion der Mähgänge auf ein bis zwei im Jahr, um dort eine Wiese entstehen zu lassen ist leider nicht möglich, da die Fläche stark genutzt wird und so das bei einer Wiese länger stehende Gras runtergetreten wird und auch der leider von einigen Hundebesitzern nicht entfernte Hundekot noch schwerer aufzunehmen ist.

Die Parteien waren mit dieser Antwort zufrieden.

**zu 11 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Bauarbeiten am Riedsaumpark**

Vom Bereich Straßenverkehr wurde dem Ortsbeirat folgende Stellungnahme übermittelt:

Es handelt sich hier um Bauarbeiten der TWL, die von 2 verschiedenen Firmen ausgeführt werden. Zurzeit arbeitet die eine Firma bis voraussichtlich 11.05.18 in der Luitpoldstraße. Hier kann bis zum Abschluss der Bauarbeiten in der Luitpoldstraße keine Änderung der Verkehrsbeschränkung vorgenommen werden. Die Busersatzhaltestelle für die durch die Baumaßnahme Luitpoldstraße weggefallene reguläre Haltestelle ist in der Kopernikusstraße eingerichtet und schränkt die Parkmöglichkeiten durch das gesetzliche Parkverbot (15 m vor dem Bushaltestellenschild und 15 m danach) ein. Dieses Parkverbot gilt an jeder Bushaltestelle.

Die zweite Firma arbeitet am Strandweg bis Luitpoldstraße 148 und Luitpoldstraße 148 mit Überquerung der Weiherstraße bis Neuwiesenstraße 22. Diese Arbeiten sind derzeit bis 30.05.2018 genehmigt. Auch hier kann innerhalb der gesperrten Bereiche kein Parken zugelassen werden.

Außerdem hatte die TWL noch eine Notfallaufgrabung in der Kopernikusstraße, die zwischenzeitlich

abgeschlossen sein sollte.

Bauarbeiten mit Verkehrsbeschränkungen im öffentlichen Verkehrsraum entziehen diesen abgesperrten Bereich dem öffentlichen Verkehrsraum und stehen damit dem Allgemeingebrauch der Straße nicht mehr zur Verfügung.

Nur wenn diese Verkehrsbeschränkungen aufgehoben werden, wird der Allgemeingebrauch der Straße wieder hergestellt und kann dann wieder als Parkraum genutzt werden. Eine temporäre Öffnung zum Parken – wie im Antrag angedacht – bei bestehender Verkehrsbeschränkung dürfen wir nicht fordern, da der abgesperrte Bereich ausschließlich in der Verantwortung des Bauunternehmers liegt. Auf dem Stadtplan werden im Baustelleninformationssystem langfristige Baustellen eingepflegt und es besteht für jeden Verkehrsteilnehmer die Möglichkeit sich zu informieren. Kurzfristige Maßnahmen, wie eine Notaufgrabung wegen Reparaturarbeiten an Leitungen etc. werden nicht im Stadtplan geführt.

Die Parteien nahmen die Stellungnahme zur Kenntnis

zu 12 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Asbestprävention

Der Bereich Bauaufsicht wurde erklärt, dass die Verwendung und Herstellung von asbesthaltigen Produkten 1993 verboten wurde. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass erst Gebäude, die nach 1990 erstellt wurden mit großer Wahrscheinlichkeit keine asbesthaltigen Materialien aufweisen.

Laut Bauaufsicht regelt die Gefahrstoffverordnung im § 18 das herstellungs- und Verwendungsverbot für bestimmte Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse. Das Verwendungsverbot gilt auch für Asbest. Jedoch sind Abbruch-, Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten (ASI-Arbeiten) an Anlagen, die Asbest enthalten, hiervon ausgenommen. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd – Regionalstelle Gewerbeaufsicht überwacht als hierfür zuständige Behörde das Verwendungsverbot. Bei der gewerblichen Durchführung der ASI-Arbeiten kontrolliert sie die Einhaltung der Vorgaben der Technischen Regeln für die Gefahrstoffe (TRGS 519) und vollzieht darüber hinaus weitere einschlägige Vorschriften, beispielweise der Gefahrstoffverordnung oder der Arbeitsstättenverordnung RLP, die dem Schutz der Beschäftigten dienen. Der § 18 Gefahrstoffverordnung gilt ebenfalls für den nichtgewerblichen Bereich. Danach müssen sich auch hier ASI-Arbeiten an den Regelungen der Gefahrstoffverordnung orientieren und unterliegen der Kontrolle der Gewerbeaufsicht.

Die Parteien waren mit der Stellungnahme zufrieden.

zu 13 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion Regelmäßige Reinigung der Haltestelle Kreuzstraße (stadteinwärts) von Unrat und Hundekot

Die Reinigung der Haltestelle, sowie die Leerung der Papierkörbe wird vom Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik auftrags- und plangemäß wöchentlich durchgeführt. Dieser Haltestellen wird verstärkt kontrolliert und ggf. der Reinigungsintervall nach Abstimmung mit der RNV als Auftraggeber erhöht.

Der Plan des stadtwweit genutzten Hundekotmobils wird ab der Kalenderwoche 16/2018 um die Position „Haltestelle Kreuzstraße“ erweitert.

Die Parteien nahmen die Stellungnahme der Verwaltung zufrieden zur Kenntnis

zu 14 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion Überprüfung der Leerungsintervalle der Altkleider- und Schuhcontainern

Die Verwaltung, hier der Bereich Tiefbau, wird mit den Betreibern, die ihre Sammelcontainer im öffentlichen Verkehrsraum aufgestellt haben, Kontakt aufnehmen und auffordern ihre Leerungsintervalle zu intensivieren.

Die Parteien nahmen diese Stellungnahme wohlwollend zur Kenntnis

**zu 15 Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Anzahl und Entwicklung von Familien die Grundsicherung beziehen**

Die Anfrage wurde vom Bereich Stadtentwicklung folgendermaßen:

Kleinräumige Daten zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II werden von der Bundesagentur für Arbeit nur einmal jährlich, jeweils für den Stichmonat Dezember bezogen. Die Lieferungen erfolgen erst nach einer dreimonatigen Wartezeit, so dass das Datenpaket für den Dezember 2017 nicht vor Ende April 2018 zu erwarten ist.

Im Dezember 2016 lebten in Friesenheim 564 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach SGB II. Davon erhielten 542 Kinder und Jugendliche selbst Regelleistungen in Form von Sozialgeld. Die übrigen 22 hatten keinen eigenen Anspruch, da ihr Einkommen aus Kindergeld und gegebenenfalls auch Unterhaltsleistungen den errechneten Bedarf überstieg. Im Dezember 2015 hatte die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Mitgliedern unter 18 Jahren bei 523 gelegen (davon 495 mit Regelleistungen und 28 ohne eigenen Leistungsanspruch). Im Jahr 2014 war die Unterscheidung nach der bloßen Mitgliedschaft in einer Bedarfsgemeinschaft und eigenen Leistungsansprüchen in den von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Daten noch nicht enthalten. Die pauschale Zahl von 505 minderjährigen Leistungsberechtigten in Friesenheim für den Dezember 2014 ist daher nur bedingt mit den neueren Angaben vergleichbar.

Angaben zum Leistungsbezug von Kindern können von der nächsten Ausgabe an in die Stadtteilpässe aufgenommen werden. Wegen der besseren Vergleichbarkeit mit anderen Stadtteilen empfiehlt es sich, analog zu den Angaben zu den Leistungsberechtigten insgesamt, an Stelle von absoluten Werten den Anteil an den altersgleichen Einwohnern aufzuführen. Da die Stadtteilpässe jährlich aktualisiert werden, können Entwicklungen leicht durch den Vergleich mit früheren Ausgaben verfolgt werden.

**zu 16 Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Zustand der Spielgeräte auf den Kinderspielplätzen im Ortsbezirk**

Von der Verwaltung, Bereich Grünflächen, wurde folgende Stellungnahme übermittelt

In Friesenheim gibt es 9 Spielplätze und 2 Bolzplätze

Ruthenstraße/Sternstraße guter Zustand

Friesenpark wird in 2018 überplant

Kreuzstraße/Spatenstraße wird in 2018 überplant, Geräteersatz

Riedsaumpark/Keplerstr guter Zustand

Helen Keller Str wird in diesem Jahr überplant, Geräteersatz

Behringplatz ordentlicher Zustand

Ebertpark Bärenzwinger in 2018 neuer „Mega“ Spielturm mit zwei Ebenen zum Klettern

Ebertpark Pettenkofenstr ein Kletterwirbel zum Schaukeln und ein Klettergerät drehbar

Ebertpark Kopernikusstr ordentlicher Zustand

Bolzplatz Ebertpark zur Zeit Standort für Ausweichkita Ebertpark

Bolzplatz Ruthenstr/Sternstr guter Zustand

Ab dem 16.4.2018 wird die jährliche Hauptinspektion auf den Spielplätzen in Friesenheim durchgeführt. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden in der Priorisierung der zu überplanenden Spielplätze eingearbeitet.

Es mussten keine Geräte zurückgebaut

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
17:45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.05.2018

Sheila Krall
Schriftführer

Günther Henkel
Vorsitzende/r